

Hans-Christian Ströbele

- (A) stimmen. Aus Überzeugung – weil die Gründe mich überzeugen, aber auch, weil meine Wählerschaft das will – stimme ich gegen dieses Gesetz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gäbe nur eine Möglichkeit, sich überhaupt zu überlegen, ein solches Gesetz zu ändern. Wir erinnern uns an die Diskussion zu Stuttgart 21. Bei Stuttgart 21 wird darüber diskutiert, ob man ein ordnungsgemäß zustande gekommenes Gesetz ändern kann oder ob man nicht den Willen des Parlaments respektieren und ein Gesetz ausführen muss und nicht später einfach ändern kann.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das hat die Mehrheit des Parlaments so beschlossen!)

Wir vertreten dazu die Auffassung: Auch ordnungsgemäß zustande gekommene Gesetze und Projekte kann und muss man ändern, wenn sich die tatsächliche Grundlage entscheidend verändert hat. Aber – ich habe heute aufmerksam zugehört – zu dem Atomgesetz hat sich weder die tatsächliche noch die Begründungslage in irgendeiner Weise geändert. Nicht einmal der zuständige Minister Röttgen behauptet, dass Atomkraftwerke heute sicherer sind als früher. Nicht einmal Herr Kauder behauptet, dass er weiß, wohin der Atommüll gebracht werden kann. Keiner hat behauptet, dass überall in Deutschland die Lichter ausgehen, wenn die Laufzeit der Atomkraftwerke nicht verlängert wird. Deshalb gibt es überhaupt keinen vernünftigen Grund, an diesem Gesetz irgendetwas zu ändern, außer dem, der sich aus dem Lastwagen mit Euro, von dem hier schon die Rede war, ergibt. Sie wollen – das ist der einzige Grund, den Sie hier nennen können – diesen Lastwagen mit Euro in die Scheunen der Konzerne einfahren. Das will ich nicht. Das wollen wir nicht. Die Wählerinnen und Wähler können nicht billigen, dass Sie, um die vier Konzerne immer reicher zu machen, den Willen der Bevölkerung missachten und die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzen. Deshalb werde ich gegen dieses Gesetz stimmen. Weil das ein Tag zum Trauern ist, habe ich das heute mit meiner Kleidung zum Ausdruck gebracht.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Es gibt noch drei Kolleginnen und Kollegen, die eine persönliche Erklärung abgeben werden – nur damit Sie sich darauf einrichten können. Anschließend werden Ihnen die Ergebnisse der bisherigen namentlichen Abstimmungen über die Änderungsanträge bekannt gegeben. Wir können dann die weiteren namentlichen Abstimmungen vornehmen.

Das Wort hat nun die Kollegin Dr. Valerie Wilms.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde gegen die Änderungen des Atomgesetzes stimmen und appelliere aus meiner persönlichen Betroffenheit als Aufsichtsrätin von kommunalen Stadtwerken an die Mitglieder der Koalitionsfraktionen: Überdenken Sie wirklich ernsthaft Ihre heutigen Entscheidungen.

(C) Ich möchte Sie vor allem an Ihre Verantwortung gegenüber der regionalen Wirtschaft erinnern. Ich will Ihnen ins Bewusstsein rufen, dass Hunderte von Stadtwerken über 240 000 Menschen beschäftigen und fast 6,5 Milliarden Euro in ihren Regionen – auch da, wo Sie Ihre Wahlkreise haben – investieren. Bitte seien Sie sich darüber klar, dass besonders die Kommunen weiterhin unter Finanznot leiden. Mit der Laufzeitverlängerung setzen Sie Hunderte Energieversorger – kommunale Stadtwerke – weiterhin unter Druck. Für viele lokale Anbieter wird der Wettbewerb noch schwieriger, weil es mit der Laufzeitverlängerung noch weniger Wettbewerb geben wird.

Viele Stadtwerke sind aktive Klimaschützer. Sie setzen auf erneuerbare Energien – auch die Stadtwerke, in deren Aufsichtsrat ich bin – und investieren hohe Summen in eine saubere und zukunftsfähige Energieversorgung. Die Stadtwerke müssen sich jetzt fragen, ob sie mit diesen Investitionen richtig lagen.

Ich will hier vor allem an die Kolleginnen und Kollegen in der Koalition appellieren, die wie ich in Aufsichtsräten sitzen. Mit der heutigen Entscheidung, die Sie treffen wollen, sägen Sie an dem Ast, auf dem Sie, Ihre Stadtwerke und die Bürgerinnen und Bürger in Ihren Kommunen sitzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Stadtwerke, die auf erneuerbare Energien setzen, werden zukünftig weniger davon verkaufen können. Es ist leider nicht so, dass die Atomkraft abgeschaltet wird, wenn viel Wind weht oder die Sonne besonders intensiv scheint. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wie eine Untersuchung der Universität zu Köln gezeigt hat, laufen selbst bei starkem Wind die Atommeiler nicht unter 70 Prozent ihrer Kapazitäten. Offensichtlich ist es zu aufwendig oder zu teuer, die Meiler herunterzufahren. Lieber wird der Atomstrom verschenkt und sogar noch Geld hinterhergeworfen. In der Folge müssen Stadtwerke, die mit Windkraft Strom erzeugen, ihre Rotoren herunterregeln, wenn der Atomstrom die Leitungen stopft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den heutigen Entscheidungen für längere Laufzeiten schaden Sie Ihrer regionalen Wirtschaft. Schauen Sie sich das wirklich einmal genau an. Unsere Stadtwerke haben auch sauber dokumentiert, was dort los ist. Sie zementieren die zentrale Energieversorgung und erfüllen die Wünsche von vier Quasimonopolisten. Wie Sie das mit Ihrer Verantwortung gegenüber Ihren Stadtwerken in Einklang bringen können, ist mir absolut unverständlich. Unsere kommunalen Stadtwerke sind heute die großen Verlierer der von Ihnen geplanten Gesetze.

Dank der namentlichen Abstimmung werden wir auch ganz genau wissen, wer sich daran beteiligt, unsere Stadtwerke zugrunde zu richten.

Deswegen fordere ich Sie auf: Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten als frei gewählte Abgeordnete des gesamten Volkes. Stimmen Sie für Ihre Stadtwerke und gegen die Laufzeitverlängerung.

Danke.